

## NIEDERSCHRIFT

über die 17. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises  
in der 11. Wahlperiode 2019/2024  
am Montag, 26.09.2022, 15:00 Uhr

Vorsitzender            Landrat Rainer Guth  
Sitzungsort:            Göllheim  
Teilnehmer/innen:    siehe Anwesenheitsverzeichnis

### I. Eröffnung und Begrüßung

Landrat Rainer Guth eröffnet die 17. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 11. Wahlperiode und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Donnersbergkreises fest.

### II. Tagesordnung

#### **Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der 15. Sitzung vom 29.04.2022
2. Einwohnerfragestunde
3. Informationen über Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Landrates und dadurch erzielte Vergütungen
4. Wahl von Ersatzpersonen  
- Stellvertreters/in aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg als Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes
5. Bericht Schulsozialarbeit  
-mündlicher Bericht-
6. Situationsbericht Westpfalzkrankenhaus  
-mündlicher Bericht-
7. Antrag der SPD-Fraktion - Prüfung der Einrichtung einer Hebammenzentrale
8. Antrag der FDP-Fraktion - Ansiedlung eines THW-Ortsverbandes
9. Antrag von CDU, FWG und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Energiekrise:

- Einsparpotenziale prüfen und Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben
10. Antrag von CDU, FWG und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Prüfung der Einführung einer Familienkarte
  11. Anfragen und Mitteilungen

## Öffentlicher Teil

---

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:                    Genehmigung der Niederschrift der 15. Sitzung  
vom 29.04.2022

---

### I. Sachverhalt

Auf eine entsprechende Nachfrage von Landrat Guth werden keine Änderungswünsche geäußert.

### II. Beschluss

Der Kreistag des Donnersbergkreises genehmigt die Niederschrift der 15. Sitzung vom 29.04.2022.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

---

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:                    Einwohnerfragestunde

---

### I. Sachverhalt

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

---

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:                    Informationen über Nebentätigkeiten und  
Ehrenämter des Landrates und dadurch erzielte  
Vergütungen

---

### I. Sachverhalt

Gemäß § 119 Abs. 3 Landesbeamtengesetz haben Kommunalbeamtinnen und Kommunalbeamte auf Zeit in einer öffentlichen Sitzung der Vertretungskörperschaft über Art und Umfang ihrer innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübten Nebentätigkeiten und Ehrenämter sowie über die Höhe der dadurch erzielten Vergütungen

im vergangenen Kalenderjahr zu unterrichten. Für außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübte Nebentätigkeiten und Ehrenämter gilt dies nur, wenn ein Bezug zum Hauptamt besteht. In Erfüllung dieser gesetzlichen Verpflichtung werden die Tätigkeiten/Ehrenämter sowie die bis zur Erstellung dieser Vorlage für das Jahr 2021 gezahlten Vergütungen/Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

<b>Tätigkeit</b>	<b>Einordnung</b>	<b>Vergütung im Kalenderjahr 2021</b>
Stellv. Vorsitzender der Trägerversammlung der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter Donnersbergkreis	Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	Keine Vergütung
Vorsitzender des Donnersberg-Touristik-Verbandes e. V.	Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	Keine Vergütung
Vorsitzender der LAG Donnersberger und Lautrer Land e.V.	Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	Keine Vergütung
Mitglied im Vorstand Verein Alte Welt e.V. +	Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	Keine Vergütung
Mitglied im Aufsichtsrat der Donnersberger Konzepte	Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	224,00 € (Sitzungsgeld)
Mitglied im Vorstand Planungsgemeinschaft Westpfalz + Vorsitzender Ausschuss Regionalplanung	Öffentliches Ehrenamt	780,00 € (Aufwandsentschädigung)
Mitglied im Digitalisierungsausschuss und des Ausschusses für Recht und Umwelt des Landkreistages Rheinland-Pfalz	Öffentliches Ehrenamt	100,00 € (Sitzungsgeld)

Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse Donnersberg	Öffentliches Ehrenamt	6.115,00 € (Aufwandsentschädigung) und 588,00 € (Sitzungsgeld)
Mitglied Kreditausschuss der Sparkasse Donnersberg	Öffentliches Ehrenamt	470,40 € (Sitzungsgeld)
Mitglied im Prüfungsausschuss des Sparkassenverbandes	Öffentliches Ehrenamt	91,00 € (Sitzungsgeld)
<b>Summe Sitzungsgeld Aufwandsentschädigung:</b>		<b>8.368,40 €</b>

Für Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst oder ihm gleichgestellten Dienst besteht eine Ablieferungspflicht an den Landkreis, sofern ein Höchstwert von 9.600 Euro überschritten wird. Sitzungsgelder sind anzurechnen, soweit sie im Einzelfall 160 Euro oder im Kalenderjahr insgesamt den Betrag von 1.900 Euro übersteigen.

Aufwandsentschädigungen für öffentliche Ehrenämter im Sinne des § 2 der Nebentätigkeitsverordnung unterliegen nicht der Ablieferungspflicht.

## II. Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Bericht über Nebentätigkeiten und Ehrenämter des Landrates und dadurch erzielte Vergütungen im Jahr 2021 zur Kenntnis.

---

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Wahl von Ersatzpersonen

- Stellvertreters/in aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg als Mitglied der Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes

---

### I. Sachverhalt

Herr Dr. Marc Muchow (CDU) wurde am 29.09.2021 als Mitglied in den Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg gewählt. Mit Schreiben vom 27.02.2022 hat er mit sofortiger Wirkung sein Mandat im Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg niedergelegt.

Gemäß § 10 Abs. 2 der Satzung des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz ist ein Mitglied sowie ein/e Stellvertreter/in aus dem Verwaltungsrat der Sparkasse zu benennen.

Dieser Vorschlag muss im Benehmen mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erfolgen. Der Verwaltungsrat der Sparkasse hat sich in seiner Sitzung am 06. September 2022 mit der Thematik befasst und sich für Herrn Klaus Hartmüller, Kirchheimbolanden ausgesprochen.

### II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Klaus Hartmüller als Stellvertreter in die Verbandsversammlung des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz.

Klaus Hartmüller (CDU) war gem. § 16 LKO von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.



---

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:                      Antrag der SPD-Fraktion - Prüfung der Einrichtung  
einer Hebammenzentrale

---

### I. Sachverhalt

Claudia Manz-Knoll (SPD) erläutert den Antrag wie folgt:

„Es gibt in Rheinland-Pfalz schon einige vom Land geförderte Hebammenzentralen, die das Angebot bündeln und das Finden einer Hebamme für schwangere Frauen erleichtern. Über die Zentrale können sich alle tätigen Hebammen organisieren und sind zwecks Eintragung in der Zentrale über eine mögliche Plattform für werdende Mütter besser zu erreichen.

Grund dafür: Es ist immer schwieriger eine geeignete Hebamme zu finden, die noch Kapazitäten hat eine werdende Mutter aufzunehmen. Die Suche gestaltet sich so für werdende Mütter sehr schwer bis hin zu unmöglich. Da jede Schwangere ein Recht auf die Versorgung und Betreuung einer Hebamme hat, beantragen wir die Überprüfung der Einrichtung einer Hebammenzentrale in Zusammenarbeit mit der lokalen Geburtsstation am Westpfalzkrankenhaus Kirchheimbalden.“

Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) findet gut, dass über dieses Thema gesprochen wird und bedankt sich bei der SPD-Fraktion für diesen Antrag. Sie könne sich hier auch eine Ergänzung des Antrages um ein Projekt des von „Hebammen geleitetes Kreißsaal“ gut vorstellen.

Dr. Marc Muchow (CDU) ist der Meinung, der Antrag sei gut und sinnvoll, denn gerade im ländlichen Raum sei es schwierig eine Hebamme zu finden.

Thorsten Hemmer (Westpfalz-Krankenhaus GmbH) informiert, dass aktuell bereits in der Prüfung sei, welche Voraussetzungen hier benötigt werden. Er könne sich vorstellen, dass eine solche Einrichtung gut für den Standort Kirchheimbalden geeignet sei.

Michael Cullmann (SPD) spricht die Problematik der Versicherung von freiberuflichen Hebammen an.

Landrat Rainer Guth erachtet es als sinnvoll, den Antrag um die beiden Punkte zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.



---

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:                   Antrag der FDP-Fraktion - Ansiedlung eines THW-Ortsverbandes

---

### I. Sachverhalt

Michael Vettermann (FDP) erläutert den Antrag wie folgt:

„Die FDP-Kreistagsfraktion bittet den Landrat, erneut mit der zuständigen Person der Bundesanstalt THW, dem landesbeauftragten für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Gespräche über die Ansiedlung eines THW-Ortsverbandes aufzunehmen. Gern unterstützt die FDP-Fraktion bei diesen Gesprächen.“

Landrat Rainer Guth unterstützt dies ausdrücklich, auch beim Zivilschutz müsse hier nachgerüstet werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

---

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:                   Antrag von CDU, FWG und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Energiekrise: Einsparpotenziale prüfen und Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben

---

### I. Sachverhalt

Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) stellt den Antrag wie folgt vor:

„Wir beantragen einen Aktionsplan Energie für den Donnersbergkreis. Besonderer Fokus liegt auf möglichen Einsparpotentialen und auf dem Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Aktionsplan wird unter Federführung des Klimaschutzbeauftragten entwickelt. Die Klimaschutzmanager:innen des Kreises werden eingebunden.“

Begründung: In einer Zeit, da die Menschen mit größter Sorge auf die nächste Stromrechnung schauen und Kommunen über Abschaltungen von Beleuchtung oder über

Schließungen kommunaler Einrichtungen diskutieren, ist es wichtig Maßnahmen zu ergreifen, um Energiesicherheit zu gewährleisten. Die Energiekrise und die Klimakrise fordern schnelles Handeln und Umdenken bei der Energieerzeugung und dem Energieverbrauch. Private Haushalte, die Unternehmen und die Kommunen müssen sparen und auf dezentrale nachhaltige Energieerzeugung umsteigen.“

Landrat Rainer Guth erklärt, mit dem Thema Energie bzw. Klima beschäftige man sich schon lange. Die Klimaschutzmanager seien in diesem Bereich bereits sehr stark unterwegs.

Michael Cullmann (SPD) ergänzt, hier müsse auch deutlich gesagt werden, dass die Windkraftanlagen im Donnersbergkreis sehr unterschiedlich verteilt sind. Es müsse klare Richtlinien geben, jedoch werde er den Antrag unterstützen.

Dieter Hartmüller (CDU) findet den Antrag gut und richtig. Er müsse jedoch Michael Cullmann teilweise recht geben. Dies müsse verändert werden, um die erneuerbaren Energien vorantreiben zu können.

Tobias Adam (AfD) erklärt, die AfD-Fraktion könne den Antrag nicht unterstützen, da in diesem Bereich bereits genug gemacht werde.

Nach ausführlichem Meinungsaustausch stellt Landrat Rainer Guth den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	3	0

---

Zu Punkt 10 der Tagesordnung: Antrag von CDU, FWG und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Prüfung der Einführung einer Familienkarte

---

### I. Sachverhalt

Lisett Stuppy (B90/Die Grünen) erläutert den Antrag wie folgt:

„Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt, die Einführung einer Familienkarte zu prüfen. Um die Region für Familien noch attraktiver zu machen und einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu leisten.

Begründung: Die Familienkarte ist als Vernetzungsinstrument und Ermäßigungsmöglichkeit eine Investition in die Stärkung des sozialen Zusammenhalts unserer Region. Das Konzept: Der Besitz einer Karte im Scheckkartenformat berechtigt Familien Eintritte, Veranstaltungen oder Freizeitausflüge zu ermäßigten Preisen zu besuchen.

Auf einer Online-Plattform wird ein Katalog zur Verfügung gestellt, welcher das vielfältige Angebot sichtbar macht. Hierbei liegt der Fokus auf Impulsen für ein nachhaltiges Leben – beim Einkaufen oder Urlaub machen. Außerdem gibt das Portal wichtige Tipps für Familien sowie Hinweise zu Unterstützungs- und Beratungsangeboten. Teilnehmende Einrichtungen, Vereine und Unternehmen geraten durch gemeinsames Marketing stärker in den Fokus, während Familien einen besseren Zugang und gebündelte Informationen erhalten.

Die Familienkarte wurde bereits in vier Modellkommunen Landkreis Kaiserslautern, Stadt Ludwigshafen, Landkreis Mayen-Koblenz und der Stadt Koblenz eingeführt und erfährt dort eine hohe Nachfrage. Die Finanzierung weiterer Kommunen wurde indes durch den Landtag Rheinland-Pfalz beschlossen. Für unsere Region liegt hier eine Chance, das familienfreundliche Zusammenleben zu unterstützen und lokale Akteur:innen zu fördern. Hierdurch können Kooperationen entstehen, die die lokale Familienpolitik stärkt und den sozialen Zusammenhalt erhöht.“

Landrat Rainer Guth erklärt, dies würde dem Kreis guttun, wenn es leistbar wäre. Man habe aufgrund des Antrags bereits mit dem Ministerium Kontakt aufgenommen. Jedoch dürfe hierdurch keine Steigerung von freiwilligen Leistungen entstehen.

Simone Huth-Haage (CDU) ist der Meinung, dass die Familienkarte eine gute Sache sei. Diese könne Familien entlasten und sie würde sich freuen, wenn dies im Kreis etabliert werden könnte. In Hessen werde die Familienkarte mit Unterstützung des Landes seit Jahren angeboten.

Michael Cullmann (SPD) möchte ergänzen, dass man nicht auf der einen Seite das Essen verteuern und auf der anderen Seite solche Eintritte vergünstigen könne. Die Verbandsgemeinden bzw. umliegenden Kommunen sollten dabei auch berücksichtigt werden.

Landrat Rainer Guth hält abschließend fest, dass dies geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

---

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:                      Anfragen und Mitteilungen

---

#### I. Sachverhalt

Gerd Fuhrmann (SPD) bittet darum zu prüfen, ob die Beförderungsbedingungen für Kindergartenkinder von 2 Jahren verbessert werden können.

Landrat Rainer Guth teilt mit, dass die Freiherr-vom-Stein-Plakette in der letzten Woche an die Herren Reinhard Horsch und Bernhard Kiefer in Anerkennung ihres langjährigen kommunalpolitisches Engagements verliehen wurde.

Abschließend dankt Landrat Rainer Guth den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 17:40 Uhr die Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises.

gez.  
(Rainer Guth)  
Landrat

gez.  
(Julia Mayer)  
Schriftführerin